



Windkraft- und Solaranlagen

Göppel: Im Süden Deutschlands brauchen wir Schwachwind-Anlagen

Umweltobmann erläutert Pläne der Koalitionäre zur Reform der Ökostrom-Förderung

Josef Göppel im Gespräch mit Jule Reimer

Union und SPD wollen in einer künftigen Koalition die Förderung des Ökostroms radikal umbauen - und das betrifft auch die Windkraft. Dort soll sich etwa die Förderung im Inland auf "gute Standorte" konzentrieren. Was das genau bedeutet, erläutert der Umweltobmann von CDU/CSU, Josef Göppel.

Jule Reimer:

Angesichts steigender Strompreise planen die künftigen schwarz-roten Koalitionäre einen radikalen Umbau der Ökostrom-Förderung. Die Förderung selbst soll gekürzt werden, Stromerzeuger sollen ihren Ökostrom stärker selbst vermarkten, der Zubau ab einer bestimmten Menge begrenzt werden. Nachdem die Solaranlagen-Betreiber schon heftige Kürzungen hinnehmen mussten, trifft es jetzt die Windmüller. Die Ausbauziele für die teure Offshore-Windenergie vor der Küste wurden zusammengekürzt, aber auch im Inland soll der Ausbau der Energie begrenzt werden – auf die guten Standorte, heißt es. - Am Telefon bin ich jetzt mit Josef Göppel, Umweltobmann der CDU/CSU und Mitglied der Koalitionsarbeitsgruppe Energie, verbunden. Herr Göppel, was bedeuten denn die jetzigen Vereinbarungen für die Windenergie in Deutschland, das Aus, so wie es schon in Schlagzeilen kolportiert wurde?

Josef Göppel: Zunächst mal grüß Gott aus Bayern. Die Frage, um die es hier geht, betrifft vor allem Süddeutschland. **Das Land Bayern hat ein Energiekonzept vor zwei Jahren aufgestellt mit dem Ziel, 50 Prozent des Strombedarfs aus der eigenen Fläche zu erzeugen** und die übrigen 50 Prozent aus dem Norden Deutschlands zuzukaufen. Und dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Windkraft da ein Drittel etwa beiträgt. Deswegen sind die Leute in Süddeutschland jetzt sehr aufmerksam geworden bei der Frage, was gute Standorte dann heißt.

Reimer: Was glauben Sie denn, was das heißen wird? Es ist ja tatsächlich so, dass der Wind an den Küsten im Norden Deutschlands stärker weht.

Göppel: Nach den Expertisen des Deutschen Wetterdienstes hat der Wind an den Küsten mehr Kraft. Er reicht aber im Binnenland immer noch aus, um Windräder anzutreiben. Es gibt jetzt eine neue Technologie bei den Windrädern, die man von außen gar nicht sieht. Das sind die sogenannten Schwachwind-Anlagen mit etwas längeren Flügeln und getriebelos, die auch bei geringeren Windgeschwindigkeiten noch sehr viele Vollast-Stunden im Jahr erreichen können, also knapp die Hälfte des Jahres laufen, und genau das sind die Anlagen, die man für die Grundversorgung im Süden braucht.

Reimer: Kann man denn dann sagen, der Ausbau der Windenergie trifft auf zu wenig Interesse in Süddeutschland? Das war ja bisher so.

Göppel: Das ist exakt umgekehrt. Es gibt in meiner fränkischen Heimat eine große Zahl von dörflichen Energiegenossenschaften, die gemeinsam ein Windrad bauen wollen. Die Beiträge der Bürger, die beginnen bei 500 Euro. Das sind Energiegenossenschaften mit mehreren hundert Teilnehmern, also wirklich eine breite Beteiligung der Bevölkerung. Die sehen das als ihre eigene Energie an und das finde ich als Umweltschützer auch ganz wichtig, weil diese Beteiligung ein anderes Herangehen an die Energie mit sich bringt. Solange die Menschen nur passive Konsumenten sind, haben sie nicht das Bewusstsein für das Management und den Umgang mit Energie wie diejenigen, die in solchen Energiegenossenschaften sind. Die Bürgerbeteiligung, die ist im Süden besonders stark, und das ist auch ein Grund, warum wir auf diese Grundversorgung im eigenen Land nicht verzichten wollen.

Reimer: Nun gibt es ja bereits so eine Art informellen Finanzausgleich. Formell zahlen die Bayern in den Norden, aber informell sieht es so aus, dass aus Nordrhein-Westfalen bereits viel Geld über die EEG-Umlage nach Bayern fließt, weil dort eben so viele Solaranlagen aufgebaut worden sind. Nun könnte man böse formulieren, Nordrhein-Westfalen sorgt mit den Braunkohlekraftwerken für die Grundlast und trägt ansonsten die Lasten und die Nachteile der Energiewende, die Bayern profitieren davon. Ist das vielleicht

ein Grund für das Ausbremsen der Windenergie dann auch?

Göppel: Wir haben solche Fragen ja mit Frau Kraft in der Arbeitsgruppe Energie diskutiert und die Frage der Braunkohlekraftwerke, die löst sich durch den Zeitablauf. Wir haben jetzt in Deutschland 25 Prozent erneuerbare Energien und 2020 wollen wir 40 Prozent haben. Das heißt, es ist immer noch ein großer Rest vorhanden. Wir brauchen die anderen Energiearten noch für eine ganze Generation und darin liegt der Kompromiss. Wenn wir die bisherigen Ziele, die die Bundesregierung 2010 aufgestellt hat, so einfach umsetzen, dann halte ich das für das vernünftigste.

Reimer: Das war Josef Göppel, Umweltobmann der CDU/CSU-Fraktion und Mitglied der Koalitionsarbeitsgruppe Energie, zu den Plänen der schwarz-roten Koalitionäre in Sachen Energiewende. Schönen Dank für das Gespräch.

Göppel: Gerne.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandradio macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

In der Hand von Großkonzernen



*Der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Umweltausschuss des Bundestages **Josef Göppel** kritisiert im Benjamin von Brackel-Interview den Koalitionsvertrag: Er beende die Energiewende der Bürger, werfe Deutschland im Klimaschutz zurück und öffne die Tür für eine Rückkehr der Atomkraft.*

Benjamin von Brackel: Herr Göppel, der Koalitionsvertrag steht. Sind Sie mit den Ergebnissen zufrieden?

Josef Göppel: In der Energieeffizienz haben wir einiges erreicht: Wer in Zukunft von den Ausnahmen bei der Ökostrom-Umlage profitieren will, muss seine Energie effizienter einsetzen. Außerdem sollen Haushaltsgeräte nach ihrer Energieeffizienz gekennzeichnet werden. Allerdings ist die Steuerabschreibung für die energetische Sanierung der Altbausubstanz komplett weggefallen. Das, was die Union mit der FDP vereinbart hatte, ist mit den Sozialdemokraten nicht mehr möglich. Das finde ich sehr bedenklich und das wird die deutsche Klimaschutzbilanz zurückwerfen.

Das Energiekapitel liest sich wie ein Bekenntnis zu den fossilen Energieträgern, insbesondere der Kohle. Die erneuerbaren Energien tauchen hingegen vor allem als Kostentreiber auf. Ist das noch Ihre Energiewende?

Man muss genau hinsehen: Bei der Solarenergie und der Wasserkraft ändert sich nichts. Bei der Biomasse gab es einen Kompromiss – sie soll sich in Zukunft "überwiegend" auf Reststoffe beschränken. Diese abgeschwächte Formulierung halte ich für sinnvoll, denn wir brauchen die Biomasse als Lückenfüller für Sonne und Wind.

Wo sehen Sie dann den Knackpunkt?

Fatal sind die Pläne für die Windkraft: Mit der Festlegung auf Standorte, die mindestens 75 Prozent des besten deutschen Standorts erbringen, wird südlich der Mittelgebirgsschwelle praktisch kein Windausbau mehr möglich sein. Zum Beispiel in meinem fränkischen Wahlkreis, der immerhin 3.000 Quadratkilometer erfasst, ist kein einziger Standort mehr möglich. Das ist ein abruptes Abwürgen der Windkraft in Süddeutschland. Und das, obwohl wir dort ein Grundgerüst an Windanlagen brauchen, um die Region mit Energie zu versorgen und das Netz zu stabilisieren. Bayern hat vor zwei Jahren ein Energiekonzept verabschiedet, nach dem die Hälfte des Stroms aus der eigenen Fläche erneuerbar erzeugt werden soll. Das ist mit dieser Festlegung nicht mehr erreichbar.

Die Erneuerbaren bekommen in Zukunft Ausbaukorridore verordnet: 40 bis 45 Prozent bis 2025 – das heißt im Umkehrschluss eine Garantie für 55 bis 60 Prozent fossile Energie. Wie lässt sich die Grundidee der Energiewende, von den fossilen Energieträgern wegzukommen, so überhaupt durchsetzen?

Mit den jetzigen Festlegungen werden wir selbst diese herabgesetzten Ziele nicht erreichen. Zum Ende dieser Legislaturperiode wird sich die Frage stellen: Wie will Deutschland weitermachen? Meine Befürchtung ist, dass dann manche sagen: Jetzt müssen die Atomkraftwerke weiterlaufen. Und das war wahrscheinlich auch das geheime Ziele mancher Verhandlungspartner.

Was bedeutet der Koalitionsvertrag für die Energiewende bundesweit?

Meine größte Sorge ist, dass die Stromerzeugung wieder in die Hand von zentralen Großkonzernen gerät und die Bürger mit normalem Einkommen sich nicht mehr daran beteiligen können. Das war ja die Hoffnung der Menschen bei der Energiewende: dass auch Normalbürger sich einbringen können mit kleinen Geldbeiträgen in Energiegenossenschaften. Die Festlegung, dass ab 2018 Ausschreibungen gemacht werden sollen ohne eine Bagatelgrenze – die wird zum Ausschluss der breiten Bevölkerungsschichten führen.

Haben Sie dem in den Verhandlungen der Energiegruppe nichts entgegensetzen können?

Im Text der Verhandlungsgruppe Energie sind all die Dinge enthalten, die aus der Sicht einer breiten Bevölkerungsbeteiligung notwendig sind. Nur wurden die auf der Führungsebene herausgestrichen! Ich hoffe aber, dass das alles so nicht Realität wird. Denn mit dieser Linie würde Deutschland seine technologische Führungsrolle einbüßen.

Der Koalitionsvertrag gibt grobe Leitlinien vor – wie ein Strommarktdesign am Ende aussehen wird, ist noch offen.

Das ist eines der größten Defizite im Koalitionsvertrag: Eine neue Strommarktordnung ist nicht vorgesehen. Der gesamte Erneuerbaren-Strom läuft weiterhin über den Spotmarkt der Strombörsen, und das wird die Börsenstrompreise weiter drücken. Das Problem der steigenden EEG-Umlage aufgrund der sinkenden Preise wird damit nicht behoben. Ohne neue Strommarktordnung wird die Kostenspirale nicht zu brechen sein.



In Zukunft darf weiter kräftig gequalmt werden: Während im Koalitionsvertrag die Windkraft gedeckelt und im Süden praktisch lahm gelegt wird, wollen CDU und SPD den Bestand der fossilen Kraftwerke auf Jahrzehnte sichern. (Foto: Paul Langrock)

Was sieht Ihr Alternativmodell aus?

Wir sollten den vier Konzernen der Übertragungsnetzbetreiber die Stromvermarktung wegnehmen und auf die 900 regionalen Stromvertriebe in Deutschland übertragen – je nach ihrem Marktanteil. Das würde bedeuten: Die echten Erzeugungskosten der Erneuerbaren werden in der jeweiligen Region zur Basis der Vergütung. Die 900 Stromhandelsunternehmen haben direkten Kundenkontakt und sind Brücken zwischen den regionalen Erzeugern und den Stromabnehmern, sie können deshalb auch besser die Energielasten verschieben. So kann viel feiner gesteuert werden und gezielt Strom eingesetzt werden. Das ist volkswirtschaftlich sehr viel effizienter.

Das haben Sie ja sicherlich in der Energiegruppe vorgestellt ...

Ja, genau das.

Wie waren die Reaktionen?

Der Bundesumweltminister wollte sich diesem Gedanken nicht anschließen.

Interview: Benjamin von Brackel

Die große Koalition würgt die Energiewende ab

Ursprünglich wollte die SPD 70% bis 75% erneuerbaren Strom bis 2030 in den Koalitionsvertrag schreiben. Das wäre ein echter und machbarer Fortschritt gewesen. Aber jetzt steht dort „55% bis 60% bis 2035“. Damit wird das Tempo des bisherigen Ausbaus beim grünen Strom abgewürgt und ausgebremst. Eine Blamage für die beiden Chefunterhändler Angela Merkel und Sigmar Gabriel, die mal beide Umweltminister waren und wissen, dass die Energie- und Klimafrage die Überlebensfrage der Menschheit ist. Und dass der Klimawandel weit höhere Folgekosten haben wird als eine intelligent organisierte rasche Energiewende.

In den letzten elf Jahren gab es hierzulande drei Jahrhunderthochwasser. Was einmal in einem Jahrhundert passieren sollte, erlebten wir dreimal in elf Jahren. So schnell vergeht die Zeit am Beginn des Klimawandels.

Im Sommer 2002 gab es Hochwasser in Sachsen und entlang der gesamten Elbe, im August 2005 im Alpenraum und jetzt 2013 in beiden Regionen zusammen sowie in Tschechien. Jedes Mal Tote, verzweifelte und vernichtete Existenzen, viele Tausende obdachlos, Schäden in Milliardenhöhe wie soeben wieder auf den Philippinen.

Die Zeichen für einen dramatischen Klimawandel mehren sich weltweit: In Bangladesch, wo die Inder eine 4.400 Kilometer lange hohe Mauer entlang der gesamten indisch-bengalischen Grenze errichtet haben, um Millionen Klimaflüchtlinge abzuhalten und in Afrika, wo in diesem Frühsommer nach UN-Angaben 18 Millionen Klimaflüchtlinge über den Kontinent irren. Tausende von ihnen versuchen Nacht für Nacht über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen – wohin sollten sie denn sonst?

Hier leben ja auch die Verursacher des Klimawandels, nicht in Afrika. Oder in Oklahoma, USA, wo in den letzten Jahren ein Taifun nach dem anderen Zerstörungen in Milliardenhöhe anrichtete. Oder auf den Philippinen, wo soeben wahrscheinlich über 10.000 Tote zu beklagen sind. Die Zeichen mehren sich.

Peter Altmaier rechnete im Sommer vor, dass die Stromverbraucher seit dem Jahr 2.000 über das Erneuerbare Energien-Gesetz 66 Milliarden Euro für die existierenden Ökostromanlagen bezahlt haben. Aber er verschweigt, dass wir für Atom und Kohle in den letzten Jahrzehnten über 400 Milliarden Steuergelder aufgewendet haben.

Was kostet übrigens ein Pförtner, der für 100.000 Jahre ein Atommülllager bewachen muss? Und was kostet ein Liter Heizöl oder ein Liter Benin in zehn oder 20 Jahren? Auch dann schickt die Sonne

immer noch keine Rechnung.

Die Erfahrung zeigt, dass die fossil-atomaren Energieträger immer teurer und die Erneuerbaren Energien immer preiswerter werden. Die Kilowattstunde Solarstrom kostete 1990 noch einen Euro, heute zwischen neun und 15 Cent, in sonnenreicheren Ländern bereits unter vier Cent. In zehn bis 15 Jahren können wir hierzulande bei fünf Cent pro Kilowattstunde Ökostrom sein.

Eine finanziell abgeschriebene Fotovoltaik-Anlage wird dann Strom zu einem Cent pro KWH erzeugen. Das alles wird nicht mit berechnet. Dass ausgerechnet der Umweltminister nicht ökologisch rechnet, überrascht sehr.

Die Energiewende-Planer der schwarz-gelben Bundesregierung hatten freilich eine soziale Schiefelage in ihre Energiewende-Politik eingebaut. Private Verbraucher müssen nämlich die Ökostromabgabe für die Großindustrie mitfinanzieren. Es gibt noch immer zu viele Befreiungen von der Umlage des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG). Das ist ungerecht und sollte rasch geändert werden. Dann erhält die nötige Wende eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz.

Die Energiewende muss solidarischer gestaltet werden. Und sozial Schwache sollten und könnten von zusätzlicher Belastung befreit werden. Wer hindert die neue Bundesregierung daran, jedem Hartz-IV-Empfänger zehn Euro mehr im Monat als Ausgleich für höhere Strompreise zu überweisen?

Die Energiewende ist keine Last, sondern die größte ökonomische, ökologische und soziale Chance für den Industriestandort Deutschland. Das EEG ist und bleibt auf der ganzen Welt das erfolgreichste Kostensenkungsinstrument für bezahlbare Energie.

Es ist kein Zufall, dass 67 Länder der Welt – darunter China und Indien sowie 17 EU-Staaten – dieses deutsche Gesetz in seiner Intention übernommen haben. In einer Großen Koalition besteht freilich die Gefahr, dass wir statt einer wirklichen Energiewende eine Kohlewende bekommen.

Als an Werten orientierter Christdemokrat – ich war von 1962 bis 1988 CDU-Mitglied – füge ich hinzu: Der Klimawandel und die Energiewende sind eine fundamental ethische Herausforderung und Chance. Der Klimawandel ist die Überlebensfrage der Menschheit. Es geht um die Bewahrung der Schöpfung.

Niemand kann uns als Bürgergesellschaft daran hindern, die Energiewende schneller voranzutreiben als es jetzt die neue große Koalition geplant hat. Engagierte Bürgerinnen und Bürger, Landwirte, Hausbesitzer, Handwerker, Energiegenossenschaften und Stadtwerke sind und bleiben die wahren Träger und Treiber der Energiewende.

Große Koalition behindert kostengünstige dezentrale Energiewende

Mit einem kleinen Einschub hat die Große Koalition über Nacht den Ausbau der Windkraft an Land und damit die wichtigste und preiswerteste Stütze der Energiewende massiv behindert.

Im Binnenland sollen nur noch Windkraftanlagen an absoluten Top-Standorten wirtschaftlich betrieben werden können (Referenzertragswert von 75-80 %). Damit würde mit der Windkraft an Land der Ausbau der preiswertesten erneuerbaren Energie weitgehend beendet. Der mindestens dreifach so teure Ausbau der Offshore-Windkraft soll stattdessen bis 2019 ohne Einschnitte bei der Vergütung vorangetrieben werden.

„Diese kostenträchtige Ausrichtung ist völlig absurd und steht im Widerspruch zu den Bekenntnissen im Koalitionsvertrag, dass die "Kosten der Energiewende" möglichst gering ausfallen sollen“, erklären die Mitglieder des deutschen EUROSOLAR-Vorstands Stephan Grüger und Dr. Fabio Longo. EUROSOLAR wird in den nächsten Tagen eine Analyse der Passagen zu Erneuerbaren Energien im Koalitionsvertrag vorlegen.

Hintergrund zur Windkraft an Land:

Im Koalitionsvertrag steht wörtlich: „Wir werden die Fördersätze senken (insbesondere bei windstarken Standorten), um Überförderungen abzubauen und gleichzeitig durch eine Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells dafür sorgen, dass bundesweit die guten Standorte mit einem Referenzwert von 75 bis 80 Prozent auch zukünftig wirtschaftlich genutzt werden können. (...)“

Das bedeutet, dass künftig nur noch in absoluten Top-Lagen die Windkraft im Binnenland wirtschaftlich betrieben werden kann. Schon der Referenzwert von 60 % im alten EEG 2009 hat dazu geführt, dass der Windkraftausbau in den süddeutschen Bundesländern komplett zum Erliegen gekommen ist. Der Wert von nun 75 % (!) würde den Ausbau in den süd- und mitteldeutschen Bundesländern bis auf sehr wenige Top-Standorte beenden.

Im typischen Binnenland Hessen bedeutet dies, dass nur noch in wenigen ausgesuchten Regionen, wahrscheinlich nur noch im Vogelsberg, der Ausbau der Windkraft an Land möglich ist (in Hessen wurden windstarke Standorte bislang bei 5,75 m/s + x definiert). Das allgemein anerkannte Ziel, 2 Prozent der Landflächen Deutschlands für die Windkraftnutzung zur Verfügung zu stellen, wird im Binnenland nirgendwo mehr zu erreichen sein. Im Gegenteil: der dezentrale Ausbau der Windkraft, der bislang in ganz Deutschland an guten Standorten möglich ist, würde beendet.

Dolitik für AKW-Betreiber

Die SPD knickt bei allen atompolitischen Forderungen ein. Steuerbefreiung für Atomkraftwerke. Großdemonstration „Energiewende retten“ am Samstag in Berlin.

„Bei den Koalitionsverhandlungen hat sich die Union in allen fünf atompolitischen Streitfragen durchgesetzt. Die SPD konnte kein einziges Vorhaben durchsetzen. Atompolitisch ist die große Koalition eine 0:5-Niederlage für die SPD und ein großer Sieg für die Atomlobby.

Die Erhöhung der Brennelementesteuer um 30 Prozent, die Weiterführung der Steuer über 2016, die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds für die Entsorgungs-Rückstellungen, das Verbot für Hermesbürgschaften für Atomexporte und der Stopp einer Klage des Bundes gegen die Rücknahme des Rahmenbetriebsplans in Gorleben, all diese SPD-Anliegen kommen im Verhandlungsergebnis nicht mehr vor.

Weil die große Koalition auch in vielen anderen Fragen die Energiewende ausbremst, ruft .ausgestrahlt gemeinsam mit vielen anderen Umwelt- und Energiewende-Organisationen für diesen Samstag zu einer Großdemonstration „Energiewende retten“ in Berlin mit Umzingelung des Kanzleramtes auf.

Faktisch läuft das Ende der Brennelementesteuer 2016 auf eine Steuerbefreiung für die AKW-Betreiber von jährlich über einer Milliarde Euro hinaus. Atomkraftwerke werden dann zu richtigen Goldesel, die den Gewinn von RWE, Eon, EnBW und Vattenfall kräftig aufpäppeln. Noch 2011 hatte die CDU die Einführung der Steuer als ‚Subventionsabbau‘ bezeichnet, mit dem ‚die direkte Bevorzugung der Kernenergiewirtschaft beendet‘ und die ‚Chancengerechtigkeit‘ auf dem Strommarkt verbessert werden sollte. Jetzt gelten die umgekehrten Ziele: Bevorzugung der Atomwirtschaft und bessere Chancen für die vier großen Stromkonzerne.

Dass nun auch die SPD die Klage gegen das Ende des Gorlebener Rahmenbetriebsplans mitträgt, wirft ein schlechtes Licht auf all jene, die immer noch behaupten, Gorleben solle bei der künftigen Suche nach einem Lagerort für Atommüll nicht mehr bevorzugt werden.

Hierzulande von Atomausstieg reden und gleichzeitig die Exporte von Atomtechnik in andere Länder fördern: das ist zukünftig auch offizielle SPD-Politik.

Noch vor wenigen Jahren beteiligten sich sowohl Parteispitze als auch viele tausend Mitglieder der SPD an Anti-Atom-Demonstrationen. Doch jetzt zählen nur noch die Interessen der AKW-Betreiber. Ein trauriges Kapitel. Ich empfehle der SPD-Basis ein Nein zum Koalitionsvertrag.“

Weiterlaufen der Atomkraftwerke war das geheime Ziel

Der CSU-Umweltpolitiker Göppel zum Koalitionsvertrag.

Ein "abruptes Abwürgen der Windkraft in Süddeutschland" **als Folge des Koalitionsvertrages befürchtet** der *Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Umweltausschuss des Bundestages, Josef Göppel. Er kritisiert die* Vorgabe, Standorte von Windkraftanlagen müssten mindestens 75 Prozent des besten deutschen Standorts erbringen. Damit würden die im Koalitionsvertrag festgelegten Ausbaukorridore für erneuerbare Energien nicht erreicht werden, sagte Göppel im Interview mit dem Onlinemagazin klimaretter.info

Hinter der Eindämmung der Windkraft im Süden und anderen Punkten sieht der CSU-Politiker den Versuch, sich die Option Atomkraft offen zu halten: "Zum Ende dieser Legislaturperiode wird sich die Frage stellen: Wie will Deutschland weitermachen? Meine Befürchtung ist, dass dann manche sagen: Jetzt müssen die Atomkraftwerke weiterlaufen. Und das war wahrscheinlich auch das geheime Ziele mancher Verhandlungspartner", vermutet Göppel .

Seine größte Sorge sei nun, dass die Stromerzeugung wieder in die Hand von zentralen Großkonzernen gerät und die Bürger mit normalem Einkommen sich nicht mehr daran beteiligen können. "Die Festlegung, dass ab 2018 Ausschreibungen ohne eine Bagatellgrenze gemacht werden sollen, wird zum Ausschluss der breiten Bevölkerungsschichten führen."

Göppel war selbst Mitglied der Verhandlungsgruppe Energie. Aus dem Text der Energiegruppe seien in der Schlussrunde der Parteivorsitzenden aber die Punkte, die aus der Sicht einer breiten Bevölkerungsbeteiligung notwendig seien, herausgestrichen worden. "Mit dieser Linie würde Deutschland seine technologische Führungsrolle einbüßen", warnt Göppel.

Eines der größten Defizite des Koalitionsvertrags sieht er im Fehlen einer neuen Strommarktordnung. Der gesamte Erneuerbaren-Strom laufe weiterhin über den Spotmarkt der Strombörsen, also den tagesaktuellen Handel. "Das wird die Börsenstrompreise weiter drücken. Das Problem der steigenden EEG-Umlage aufgrund der sinkenden Preise wird damit nicht behoben. Ohne neue Strommarktordnung wird die Kostenspirale nicht zu brechen sein", sagt der CSU-Politiker. Seinem Alternativmodell, das auf Dezentralität setzt, habe sich der Umweltminister nicht anschließen wollen.

Das vollständige Interview lesen Sie hier: "In der Hand von Großkonzernen"

Der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Umweltausschuss des Bundestages Josef Göppel kritisiert im klimaretter.info-Interview den Koalitionsvertrag: Er beende die Energiewende der Bürger, werfe Deutschland im Klimaschutz zurück und öffne die Tür für eine Rückkehr der Atomkraft - mehr